

# Vorschlag sofortiger Friedensverhandlungen durch den Sowjet.

## Für einen dreimonatigen Waffenstillstand.

Petersburg, 9. November. (Petersb. Tel.-Ag.)

Der Kongreß der Sowjets hat die Grundzüge eines Friedensvorschlages angenommen, in dem er erklärt: Die durch die Revolution vom 6. und 7. November geschaffene Regierung der Arbeiter und Bauern, schlägt, gestützt auf den Sowjet, den Regierungen aller kriegsführenden Länder vor, unverzüglich in Besprechungen Bourparlers über einen demokratischen, gerechten Frieden einzutreten.

Die Regierung ist der Ansicht, daß ein demokratischer, gerechter Friede, den die Mehrheit der Arbeiterklasse aller durch den Krieg erschöpften und zugrundegerichteten kriegsführenden Länder anstrebt, ein Friede, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturze der Monarchie geordert haben, ein sofortiger Friede sein müsse ohne Annexionen — das heißt ohne Aneignung fremden Gebietes und ohne gewaltsame Einverleibung fremder Nationalitäten — und ohne Entschädigungen sein müsse. Die russische Regierung schlägt allen kriegsführenden vor, sofort zu einem solchen Frieden zu schreiten, indem sie sich bereit erklärt, unverzüglich alle energischen Schritte zu unternehmen bis zur endgültigen Billigung aller Bedingungen dieses Friedens durch die Bevollmächtigten aller Länder.

Unter Annexionen oder gewaltsamer Gebietsaneignung versteht die Regierung nach dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen jede Einverleibung einer kleinen schwachen Nationalität in einen großen mächtigen Staat ohne deren Zustimmung, unabhängig von dem Grade ihrer Zivilisation und ihrer geographischen Lage, sei es in Europa oder in einem jenseits des Ozeans gelegenen Lande. Die gewaltsame Festhaltung irgend eines Volkes durch irgend einen Staat, die Weigerung, der Bevölkerung gegen ihren, sei es in der Presse oder in Volksversammlungen oder Parteibeschlüssen (1), sei es durch Auflehnung oder Erhebung gegen die Unterdrücker zum Ausdruck gebrachten Willen das Recht der Volksabstimmung einzuräumen, die Weigerung, die Besatzungstruppen zurückzuziehen, endlich die Verweigerung des Rechtes, sich ihre politische Regierungsform einzurichten — das ist Annexion (1) oder gewaltsame Aneignung (1). Die Regierung ist der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Krieges zu dem Zweck, die schwachen besiegten Nationalitäten unter den reichen mächtigen Nationen aufzuteilen, ein großes Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Daher verkündet die Regierung feierlich ihren Entschluß, einen Frieden zu unterzeichnen, der unter den erwähnten für alle Nationalitäten gerechten Bedingungen diesem Kratze ein Ende machen wird. Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß die erwähnten Bedingungen nicht als endgültig betrachtet werden sollen, das heißt, die Regierung ist damit einverstanden, alle anderen Friedensbedingungen zu prüfen, und besteht nur darauf, daß diese Bedingungen mit größtmöglicher Raschheit von dem betreffenden kriegsführenden Lande vorgeschlagen werden und daß sie durchaus klar seien, ohne irgend einen geheimnisvollen Zug.

Die Regierung schafft ihrerseits die gesamte Geheimdiplomatie ab und bekräftigt ihren festen Entschluß, die Friedensunterhandlungen offen vor der ganzen Welt zu führen und zur Veröffentlichung von der Regierung der Großgrundbesitzer- oder Kapitalistenklasse seit Februar bis zum 7. November 1917 gebilligten oder geschlossenen Geheimverträge zu schreiten.

Die Regierung erklärt diese Geheimverträge für null und nichtig, soweit sie, wie es in der Mehrzahl der Fälle geschieht, alle Arten von Begünstigungen und Vorrechten den

Großgrundbesitzern und Kapitalisten zuzugestehen suchen, indem sie die von den Allrussen vollzogenen Annexionen aufrechterhalten oder vermehren.

Indem die Regierung alle Völker einlädt, sogleich in Friedensbesprechungen einzutreten, erklärt, sie sich ihrerseits bereit, diese Besprechungen durch schriftliche oder telegraphische Mitteilungen sowie durch Besprechungen der Vertreter der verschiedenen Länder oder durch Konferenzen der genannten Vertreter zu verwirklichen. Um diese Besprechungen zu erleichtern, wird die Regierung Bevollmächtigte in den neutralen Ländern ernennen.

Die Regierung schlägt den Regierungen aller kriegsführenden Länder vor,

### sogleich einen Waffenstillstand

abzuschließen, wobei sie der Meinung ist, daß dieser Waffenstillstand auf drei Monate abgeschlossen werden solle, ein Zeitraum, der genügen würde, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Die Regierung schlägt ferner vor, daß Vertreter aller Nationalitäten oder Nationen, die in den Krieg hineingezogen worden sind oder durch ihn leiden, an den Friedensbesprechungen teilnehmen und daß eine Konferenz aus Vertretern aller Nationen der Welt zur endgültigen Annahme der ausgearbeiteten Friedensbedingungen einberufen werde.

Indem die vorläufige Regierung der Arbeiter und Bauern Rußlands den Regierungen aller kriegsführenden Länder diese Friedensvorschlüge unterbreitet, wendet sie sich insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei größten Kulturvölker der Welt, die am gegenwärtigen Kriege am meisten beteiligt sind, nämlich Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschrittes und des Sozialismus die größten Dienste geleistet. Namentlich die gewerkschaftlichen Einrichtungen in England, die großen Revolutionen des französischen Proletariats und der heldenhafte Kampf der deutschen Arbeiter für ihre Organisation, alle diese Beispiele sind eine Bürgschaft dafür, daß die Arbeiter dieser Länder die Probleme begreifen werden, die sich vor ihnen entrollen: Die Probleme der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges, und daß diese Arbeiter durch ihre tatkräftige, selbstlose Energie und helfen werden, das Friedenswerk zu vollenden und alle Arbeiterklassen von der Ausnützung zu befreien.